Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 44 (1952)

Heft: 6-7

Artikel: Die Opposition in den ostzonalen Gewerkschaften

Autor: Bardach, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353547

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lage jedoch, wie sie sich bisher in allen vom Kreml dominierten Ländern ergibt, ist dies ein bedeutender Schritt vorwärts.»

Weiter legt der Aufruf die Gründe dar, welche die Kommunisten zu diesem unerwarteten Zugeständnis zwangen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es hauptsächlich dem dauernden passiven Widerstand der Arbeiter zuzuschreiben ist, der trotz des allgewaltigen Polizeiterrors immer wieder Platz greifen konnte. Die Botschaft geht dann auf die Gefahr ein, die zweifellos für demokratische Gegner des Regimes besteht, wenn sie sich offen als Kandidaten zur Verfügung stellen. Wenn jedoch eine genügende Anzahl dieser Kandidaten gewählt wird, so kann die Polizei keine Massregelungen treffen, ohne den verstärkten Widerstand der schaffenden Bevölkerung zu provozieren. Eine Beteiligung sei um so lohnender, weil dann von unten her über die Betriebsräte auf den ganzen Apparat der Staatsgewerkschaften ein grösserer Druck ausgeübt werden könne. Wenn die tschechoslowakischen Arbeiter diese Gelegenheit voll wahrnehmen, so wird, heisst es in der Botschaft weiter, «eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, ihren Widerstand auf einer neuen Ebene zu entfalten.» Bis jetzt sei der Widerstand gegen Stalins Regime mehr passiver Natur gewesen. Wollen die Arbeiter aber zum aktiven Kampf übergehen, so müssen sie «zuerst die Waffen wiedergewinnen, die ihnen das Regime geraubt hat. Die freien Wahlen für Vertrauensleute und Betriebsräte bieten hierzu die erste Möglichkeit». «Die Emanzipierung der Arbeiterklasse», so endet der Aufruf, «müssen die Arbeiter selbst in die Hand nehmen.»

Die Opposition in den ostzonalen Gewerkschaften

In den Volksdemokratien sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vor allem jene, die bereits in der Zwischenkriegszeit den Gewerkschaften angehörten, die aktivsten Gegner des dort herrschenden Regimes. Ihre Opposition bereitet den kommunistischen Behörden grosse Schwierigkeiten, weil darunter die Erfüllung der Produktionsaufgaben leidet.

Im kommunistischen «Freien Deutschen Gewerkschaftsbund» (FDGB) herrscht grosse Unzufriedenheit und Unruhe. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die untern und mittleren Gewerkschaftsfunktionäre wollen auf die von den Gewerkschaften in jahrelangen Kämpfen errungenen Schutzbestimmungen, die in der Ostzone ausser Kraft gesetzt wurden, nicht verzichten. Die ältern, geschulten Gewerkschafter, die im Arbeitsprozess stehen, revoltieren dagegen, dass das ostzonale Ministerium für Arbeit alleinstehende Frauen vom 18. bis zum 45. Lebensjahr zur Untertagsarbeit heranzieht. Seit einem Jahr ist in der Ostzone das Verbot der Nachtarbeit für Frauen

aufgehoben. Die Arbeiter lassen sich keinesfalls mit der vom Politbüro der SED verkündeten Begründung abfinden, dass dieses Verbot nur unter dem Kapitalismus notwendig wäre. Sie wollen nicht in der «demokratischen Wirtschaft» der Ostzone die «neuen Verhältnisse» sehen, die zu «neuen Aufgaben» verpflichten. Die Gewerkschaftsmitglieder sind verbittert, weil die Kündigungsfristen der Arbeitnehmer und Angestellten auf vierzehn Tage herabgesetzt und die Bestimmungen über längere Urlaubszeit und Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen «liquidiert» wurden. Die unter den Gewerkschaftsmitgliedern herrschende Unruhe wurde noch gesteigert, als die Direktoren «der volkseigenen und der diesen gleichgestellten Betriebe» (VEB) ermächtigt wurden, Arbeiter fristlos zu entlassen, wenn sie es für nötig finden. Die Arbeiter wollen sich die nach 1945 errungenen Rechte nicht nehmen lassen. Sie protestieren gegen die Reduktion der Nachtarbeitszuschläge, die zum Beispiel in chemischen Betrieben von 15 auf 10 Prozent gesenkt wurden, ebenso dagegen, dass bei Störungen, die sie nicht verschuldeten, nur 90 Prozent des Lohnes ausgezahlt wird, ferner dagegen, dass den Frauen der Haushaltstag beschnitten wurde, auch gegen die aus der Sowjetunion übernommene Beteiligung der Meister an den Prämien der Sollerfüllung. Die Arbeiter wenden sich dagegen, dass gemäss der Initiative des FDGB die Autorität des Meisters und Vorarbeiters «im Interesse» der Durchführung des Fünfjahresplanes erhöht wurde. Denn in der «demokratischen Wirtschaft» der Ostzone dürfen die Massnahmen der Betriebsleitung und des Meisters nicht kritisiert werden. Den Belegschaften steht nur das Recht zu, Verbesserungsvorschläge zu beantragen. Sie haben keinen Einfluss auf ihre Durchführung. Als *Fritz Gabske,* Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung im Stahl- und Walzwerk Henningsdorf, sich im kommunistischen «Neuen Deutschland» dagegen wandte, dass die Anweisungen des Direktors, der Abteilungsleiter und Meister ohne Diskussion durchgeführt würden, mit andern Worten, dass der Belegschaft kein Mitbestimmungsrecht zustehe, belehrte ihn *Willi Stopf,* ein Funktionär der wirtschaftspolitischen Abteilung und Sekretariatsmitglied des ZK der SED, dass in einem VEB nur *eine* Betriebsleitung bestehe, die die volle Verantwortung für die dem Betrieb gestellten Aufgaben trägt. Den Arbeitern in der Ostzone wird jetzt bewusst, dass die Verstaatlichung von Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft, die nicht von ihnen ausging, sondern von der Besetzungsmacht eingeführt wurde, mit Sozialismus, wie es sie vor dem Zweiten Weltkrieg gelehrt wurde, nichts zu tun habe. Die Unterschiede der Einkommen der verschiedenen Schichten sind in der Ostzone nicht geringer als in den kapitalistischen Staaten. Während der Arbeiter durchschnittlich 280 Ostmark monatlich verdient, bezieht der Meister oder Ingenieur 600 oder 800, der Direktor eines VEB 1000 bis 1800, der Direktor eines Verbandes der VEB 1500 bis 2300 Ost-

mark. Die Gehälter der Partei- und Staatsfunktionäre sind noch höher. So züchtet das Prinzip «jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen» privilegierte Gruppen, die sich von der Masse der Arbeiter immer mehr entfernen.

Die ostzonalen Gewerkschaften sind bürokratisiert. In den Betrieben und Orten werden die leitenden Gewerkschaftsfunktionäre ununterbrochen ausgewechselt. Sie werden von oben ernannt und nicht gewählt. Beschlüsse von Vorständen werden nicht beachtet. Viele Betriebsgewerkschaftsleitungen in Grossbetrieben kümmern sich nicht um die Sorgen der Arbeiter. Auf die Fragen der Betriebsarbeiter wird nicht eingegangen. Diskussionen werden in Versammlungen abgewürgt. Die Industriegewerkschaften beschränken sich auf administrative Aufgaben. Viele Gewerkschaftsfunktionäre verzichten auf sozialpolitische Arbeit und sind nichts anderes als Ausführungsorgane der Planungsbehörde.

Die neuformulierten Aufgaben der ostzonalen Gewerkschaften, die «von der Sowjetunion lernen», sich also sowjetisieren, sind: 1. systematische Kontrolle der Erfüllung der Kollektivverträge und quartalmässige Berichterstattung. 2. Abschluss der Tarifverträge für den privaten Sektor der Ostzone. 3. Ueberarbeitung und Neuformulierung der Rahmenkollektivverträge für die VEB und «die ihnen gleichgestellten Betriebe». Der *Rahmenkollektivvertrag* enthält nicht nur die Leistungen der beiden Vertragspartner, sondern auch die Lohnbedingungen der Betriebe. So diktiert die zentrale Planungsstelle über den Betriebskollektivvertrag das zu erfüllende Plansoll.

In den Betriebskollektivverträgen ist vor allem das Problem der «technisch begründeten Arbeitsnormen» (TAN) festgelegt. Gegen diese «technisch begründeten Arbeitsnormen» wenden sich die Arbeiter. Denn unter «technisch begründeten Normen» verstehen die ostzonalen Kommunisten die aus der Sowjetunion mechanisch übertragenen Arbeitsmethoden. Man muss sich vergegenwärtigen: die Arbeiter eines kaum den Kinderschuhen entwachsenen Industrielandes, das Mangel an Facharbeitern leidet, in welchem das kulturelle Niveau der meist erst kurze Zeit vom Dorf gekommenen Arbeiter sehr niedrig ist, weil sie auf keine Erfahrungen in industrieller Arbeit zurückblicken können, sollen — abgesehen von den anderen entscheidenden Unterschieden — auf ein Industrieland angewendet werden, das über eine hochqualifizierte, schaffensfreudige Arbeiterschaft verfügt, die grosse Erfahrungen im Produktionsprozess hat. Ist es nicht verständlich, wenn sich die deutschen Arbeiter dagegen aufbäumen? Müsste nicht die Bürokratie, wenn sie etwas von Produktionsfragen verstünde, die Opposition der Arbeiter gerade im Interesse des Produktionsprozesses unterstützen? Aber die Bürokratie, die den Wirtschaftsplan um jeden Preis erfüllt wissen will, weil davon die Lieferungen nach Russland und ihr Wohlergehen

abhängen, kennt nur ein Heilmittel: «von der Sowjetunion lernen». Selbst das Politbüro der SED betont, dass die Normen in den Büros ohne Kenntnis der Arbeitsbedingungen festgelegt werden. Daraus entsteht eine Kette von Missgriffen. Die Bürokratie setzt auf die «technisch begründeten Normen», und diese Normen sind das Mittel, mit welchem die Arbeiterschaft in der Ostzone im Interesse Russlands ausgebeutet, geradezu ausgepresst wird. Denn «richtig aufgestellte Normen müssen sich nach dem Besten richten», heisst es in der Sowjetenzyklopädie, «und so geartet sein, dass sie etwa in der Mitte zwischen der Arbeitsleistung der führenden Stachanowarbeiter und der Leistung der Masse der Arbeiter liegen». So lautet die Definition — auf dem Papier. In der Tat liegen den Normen die von den Aktivisten eerreichten Leistungen zugrunde. Die SED macht daraus kein Hehl. Sie preist die «technisch begründeten Normen», weil sie «helfen, der grossen Masse der Arbeiter das Niveau der fortgeschrittenen Arbeiter zu erreichen, *sie schaffen einen Anreiz, die hohen Leistungen der fortgeschrittenen Arbeiter zu überbieten*». Es wird also ganz offen verkündet, dass die «technisch begründeten Normen» zu Höherleistungen der Arbeiter führen sollen. Und diese Höherleistungen bedeuten eine systematische Senkung des Reallohnes.

Im Ganzen entsprechen nach Ansicht der Bürokratie kaum 10 bis 20 Prozent aller Normen dem Leistungsvermögen der Arbeiter und ihren Arbeitsbedingungen. Der Rest beruht auf Schätzungen, vor allem auf «erfahrungsstatistischen» Normen. Bis zum Frühjahr 1952 sollen die «technisch begründeten Arbeitsnormen» in allen Betrieben eingeführt werden. Sie finden aber kein Interesse, weder bei den Arbeitern noch bei den Ingenieuren und Technikern. Die Bürokratie führt darauf die Engpässe, vor allem bei Rohstoffen, Elektroenergie und Brennstoffen zurück. Diesem Konto rechnet sie auch die Verlustzeitzugaben, die niedrigen Leistungen der Maschinen und mangelhafte Betriebsmittelausnutzung zu. Dass sich all das nachteilig für den Produktionsprozess auswirkt, braucht nicht betont zu werden. Daher soll die Einführung und Anwendung der «technisch begründeten Normen» von den Betriebsgewerkschaftsleitungen kontrolliert werden — unter Mitwirkung der Belegschaft, die hierfür mobilisiert werden soll. Aber die Belegschaft lehnt die aus der Sowjetunion importierten Arbeitsmethoden einschliesslich des Prämiensystems ab.

Die Opposition der Arbeiter gegen die Sowjetisierung der Gewerkschaften nahm und nimmt zu. Die Arbeiter wollen nicht die Lückenbüsser für die Fehlrechnungen der Bürokratie sein, die schon bei der Planung beginnen. Bei der Diskussion über den Betriebskollektivvertrag in dem Betrieb der TRO warf der Arbeiter *Schulz* der Betriebsleitung vor, dass sie keine Ahnung von der Planung habe. Der Arbeiter *Holzheimer* rügte in derselben Versammlung, dass «die einzelnen Abteilungen wild umhergeworfen werden».

Das Politbüro der SED griff durch. *Jakob Walcher*, in der Wei-

marer Zeit Vorsitzender der Berliner Arbeiter, zuletzt Redaktor des gewerkschaftlichen Zentralorgans «Tribüne» in der Ostzone, wurde seiner sämtlichen Funktionen enthoben und einem Parteiverfahren unterstellt. In den einzelnen Industriegewerkschaften und in den Organisations- und Instrukteurabteilungen beim gewerkschaftlichen Bundesvorstand wurden viele Funktionäre kaltgestellt. Unter der Leitung des Staatssekretärs vom Sicherheitsministerium, *Erich Mielke,* wurde ein «Betriebsschutz» ins Leben gerufen, der die Betriebsgewerkschaftsleitungen vor allem in den Grundindustrien zu überwachen hatte. 2700 Arbeiter wurden wegen ihrer Opposition gegen die Betriebskollektivverträge verhaftet. Kaum 250 Betriebe haben diese Kollektivverträge angenommen. Da diese Massnahmen die Opposition nicht verringerten, proklamierte *Warnke,* der erste Vorsitzende des kommunistischen FDGB, auf der Funktionärversammlung von IG-Metall die innergewerkschaftliche Demokratie. Auf der Strecke blieb jetzt der alte Kommunist *Deter,* der zweite Vorsitzende des FDGB. Nachdem die Peitsche versagt hatte, versucht man jetzt, die Arbeiter mit Zuckerbrot zu gewinnen. Wie lange diese «Wendung» dauern wird, ist nicht abzusehen. Die Arbeiter kennen diese ununterbrochenen Wendungen aus der Geschichte der RGO, sie wissen sehr gut, wohin sie die Weimarer Republik führte.

M. Bardach.

Von der Ohnmacht der Gewerkschaften in Russland

Die in Moskau erscheinende Zeitung «Troud» ist das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften. Der von uns hier übersetzte Brief an die Redaktion zeigt, wie die russischen Arbeiter von ihren Bürokraten behandelt werden. Nach bald 35 Jahren «Diktatur des Proletariats» kümmern sich die russischen Gewerkschaftsinstanzen einen Pfifferling um die Forderungen, ja Wünsche der Arbeiter. Sie werden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Hier hat es einer gewagt, an die Zeitung zu schreiben. Wie viele Tausende wagen es nicht aus Furcht vor Repressalien!

Brief an die Redaktion

Ende Juli beantragte das Gewerkschaftskomitee unseres Kreises dem Betriebskomitee, die Durchführung der Kollektivverträge an der nächsten Betriebsversammlung zu besprechen. Wir taten das. Einige Tage später forderte uns das Gewerkschaftskomitee auf, an einer der nächsten Betriebsversammlungen das Problem der Bezahlung der Beiträge zu diskutieren.

Beinahe gleichzeitig schlugen das Gewerkschaftskomitee der Eisenbahner und die politische Sektion Versammlungen vor, an denen der Bericht und die Wahlen für das Rote-Kreuz-Komitee behandelt und Diskussionen über die von der